

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Sächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkonten: Dresden 55 527



Lageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingiehhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Pichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtendorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Joh. Walter Hiele  
Verantwortlich: R. Kohnsapper

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7 gespaltene 35 mm breite Beitzelle 15 Pfg., für auswärtige Auftragsgeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“

Richterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 46

Bad Schandau, Donnerstag, den 24. Februar 1927

71. Jahrg.

## Für eilige Leser.

\* Einige Vertreter der deutschen und österreichischen Schwerindustrie, unter ihnen August Thyssen und Generaldirektor Bögl, sind in Rom eingetroffen. Die Verhandlungen drehen sich Pressmeldungen zufolge um den Beitritt Italiens zum Stahlkartell. Die deutschen Industrievertreter werden auch von Mussolini empfangen werden.

\* Wie aus Moskau gemeldet wird, ereignete sich gestern auf der Murmanbahn ein Zugzusammenstoß, bei dem zwei Personen getötet und acht verletzt wurden.

\* Die amerikanischen Zeitungen sagen den baldigen Rücktritt des Staatssekretärs Kellogg aus Altersgründen voraus.

\* Nach dem Vertragsangebot, das der Präsident von Nicaragua, General Diaz, der amerikanischen Regierung gemacht hat, würde Nicaragua 100 Jahre lang dem amerikanischen Protektorat und Interventionsrecht unterstehen.

## Und die Saar?

Wieder einmal hat sich im besetzten Gebiet einer der dort nicht gerade seltenen Zwischenfälle abgespielt. Die Franzosen haben zwei deutsche Gendarmeriekommandanten verhaftet und im Auto davongeführt mit der Rücksichtslosigkeit, die dabei immer angewendet wird. Erst viel später erfuhr man den sogenannten Grund dazu. Deutsche Gendarmerie hatte nämlich einen Trupp von siebzehn jungen Deutschen, die sich in Begleitung eines Franzosen nach dem Mainzer Bureau der französischen Fremdenlegion begeben wollten, mit der Veranordnung angehalten, daß sich unter ihnen stiefbrieflich Verfolgte befänden. Das hat sich auch als richtig herausgestellt bei dreien von ihnen, während die vierzehn anderen wieder entlassen wurden. Der französische Begleiter wurde, weil er es ablehnte, sich auszuweisen, auf einer Station aus dem Zuge entfernt. Daraufhin erfolgte nun die Verhaftung der beiden Gendarmeriekommandanten. Also ein gewöhnlicher Racheakt, weil vermutlich die jungen Leute sich inzwischen ihren Eintritt in die Fremdenlegion wohl noch einmal überlegt haben werden.

Ein neuer Übergriff — nichts mehr. Aber dieser Vorgang bildet nur ein Spiegelbild von dem, wie es rings im besetzten Gebiet zugeht. Die kleinen Nabelstiche werden im unbesetzten Gebiet ja meist gar nicht bekannt. Aber die Vertreter der politischen Parteien im Saargebiet, die jetzt in Berlin weilen, werden wohl dem Ministerium für die besetzten Gebiete ausgiebigstes Material hierüber zur Verfügung stellen können. Es kam zu überraschend, daß der bisherige Vorsitzende der Saar-Kommission, Stephens, ein Kanadier, plötzlich von seinem Amt zurücktrat; über die Person seines Nachfolgers hat sich nun schon eine heftige Diskussion entsponnen. Während von französischer Seite das belgische Mitglied der Saar-Kommission für den Vorsitz empfohlen wird — und dieser Vorsitz bedeutet eine fast absolute Herrschaft für das Saargebiet —, will das deutsche Saargebiet natürlich einen Deutschen zum Vorsitzenden haben; denn in dieser Kommission, deren Zusammensetzung vom Völkerbundrat bestimmt wird, befindet sich ein Deutscher. Die Saarländer haben zuerst Franzosen als Vorsitzende in dieser Kommission gehabt, die alle Anstrengungen machten, das Gebiet zu französisieren, und sich dabei nicht darum kümmerten, ob das innerhalb des Rahmens der hierfür schon weit gezogenen Grenzen des Versailler Vertrages hineinpaßte oder nicht. Noch immer stehen französische Truppen im Saargebiet und man hat dort schwere Zeiten durchgemacht, weil man an das Schicksal der französischen Währung gekettet, ein Teil des französischen Wirtschafts- und Zollgebietes war. Es mußte gar nichts, wenn man mit Witten und Klagen vor den französischen Minister hintrat, und in Genf, beim Völkerbund, dachte man gar nicht daran, in das verhängnisvolle Wirken der Saar-Kommission hineinzureden. Immer wurden die saarländischen Deputationen abgewiesen, die nach Genf gingen, um dort Beschwerden vorzubringen. Auf der letzten Tagung des Völkerbundrates, wo Deutschland zum erstenmal als Mitglied erschien, hatte sich eine kurze Gelegenheit ergeben, Saarfragen zu behandeln; die Beratung wurde bald vertagt. Auf der kommenden Tagung im März wird nun die Neuwahl des Vorsitzenden der Saar-Kommission vor sich gehen müssen und Deutschland wird gut daran tun, seinen Anspruch darauf, daß das deutsche Mitglied zum Vorsitzenden gemacht wird, baldmöglichst anzubringen. Vielleicht wird sich dann überhaupt Gelegenheit finden, die gesamten Streitfragen über das Saargebiet aufzurollen und vor allem die Zurückziehung der französischen Truppen zu verlangen, deren Anwesenheit gegen die Bestimmungen des Versailler Vertrages verstößt.

Die Franzosen werden inzwischen selbst eingeschoben haben, daß ihre Politik der Französisierung dieses Gebietes ohne jeden Erfolg geblieben ist; persönliche Standate

über ihrer Art taten dabei ein übriges. Der Völkerbundrat hat infolgedessen einfach die Verpflichtung, nun endlich einmal ein wirklich unparteiisches Regiment im Saargebiet zu erzwingen, um den unerträglichen Zuständen ein Ende zu bereiten, wie sie ja leider anderswo im besetzten Gebiet ebenfalls herrschen.

## Französische Kleinheit.

Admiral Scheer darf nicht französischen Boden betreten.

Wie die U. erfährt, ist dem Admiral Scheer, der auf dem Dampfer „Lüthow“ des Norddeutschen Lloyd eine Mittelmeerreise machte, im Hafen von Algier als einzigem Passagier das Betreten französischen Bodens verboten worden!

## Der Uebermut der Rheinlandbesatzung

Trier, 23. Februar. Auf einen Spaziergänger wurde in nächster Nähe der Stadt von einem Gerätewagen einer vorüberziehenden französischen Infanterieschwadron ein Schuß abgegeben, der anscheinend den harmlosen Wanderer erschrecken sollte. Die Kugel schlug einige Schritte vor ihm in einen Baum. Ob dieser leichtfertige Schuß tatsächlich dem Deutschen galt, entzieht sich der Möglichkeit einer Feststellung. Jedenfalls beweist dieses Vorkommnis einen gewissen Uebermut der Besatzungsangehörigen und wieder einmal die Unmöglichkeit der Rheinlandbesetzung.

## Rheinlandberatungen der Regierungsparteien.

Berlin, 23. Februar. Bei den heutigen interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien über die Rheinlandfragen wurde eine kleine Kommission von 4 Mitgliedern beauftragt, mit dem Reichsfinanzminister Fühlung zu nehmen. Sobald dies geschehen sein wird, werden diese Besprechungen fortgesetzt werden.



Europäische Militärposten in Shanghai.

## Die chinesischen Wirren.

### Tschangtscholin mit Kanton einig?

Wie aus Shanghai gemeldet wird, bestätigt es sich, daß die Truppen des Generals Suntschuanfang die Stadt Kashing, ihr letztes Bollwerk in der Provinz Tschekiang, aufgegeben haben. Heute sind die Kantontruppen in die Stadt eingerückt, die unter den Plünderungen der Suntschuanfang-Truppen ungeheurer gelitten hat. Die verwahrloste Soldateska erpreßte nicht nur von den Kaufleuten der Stadt 300 000 Dollar, sondern stelte sogar Teile der Stadt in Brand.

Während der Gouverneur von Schantung, der seine Truppen bei Nanking zusammengezogen hat, noch mit General Suntschuanfang über die Möglichkeiten einer Verteidigung von Shanghai verhandelte, soll zwischen den Führern der Kantonarmee und seinem bisherigen erbittertesten Gegner, dem Marschall Tschangtscholin ein Abkommen zustande gekommen sein, nach dem sich beide über die Zukunft des Shanghai-Gebietes friedlich einigen werden (?).

In Shanghai selbst ist eine gewisse Beruhigung eingetreten, nachdem sich der Verteidigungskommissar dem Druck der ausländischen Mächte gebeugt und seine Blutherrschaft eingestellt hat. Die Köpfe der von ihm enthaupeten Revolutionäre, die seit Sonntag auf Schandpfehlen dem Volke zur Warnung gezeigt wurden, sind heute abgenommen worden.

In der Chinesenstadt von Shanghai kam es gestern abend zu einem Pöbelüberfall auf eine Polizeistation. Dabei wurde ein Polizist getötet, ein anderer schwer verletzt. Von der Polizei wurden zwei Anführer des Pöbels verhaftet; wahrscheinlich werden sie morgen hingerichtet. Die Verhaftungen von Agitatoren, die für die Kantonregierung werben, dauern noch an. Die Zahl der Streikenden soll heute auf 80 000 zurückgegangen sein.

## Eine französische Flottendemonstration in Shanghai.

Wie aus Shanghai gemeldet wird, haben heute zwei französische Kreuzer längs der chinesischen Kriegsschiffe angelegt, die gestern die französische Niederlassung in Shanghai beschossen haben. Der französische Flottenchef hat den chinesischen Marinebefehlshabern mitgeteilt, daß ihre Schiffe sofort versenkt werden würden, wenn sie die französische Niederlassung noch einmal beschießen würden.

Der Ministerpräsident von Peking zurückgetreten.

Nach Meldungen aus Peking ist der Ministerpräsident Wellington Koo von seinem Posten zurückgetreten. Als Nachfolger wird Liang Shi Yi genannt.

„Daily Mail“ meldet aus Chardin: Der chinesische Vizepräsident der chinesischen Ostbahn, General Jangtscho, wurde unter der Anschuldigung, Geld von Moskau empfangen und eine Revolution in Chardin geplant zu haben, von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt und erschossen, nachdem Tschangtscholin das Urteil telegraphisch bestätigt hatte.

## Die englische Protestnote an Moskau überreicht.

London, 24. Februar. Wie der Amtliche englische Zuntspruch meldet, ist heute dem russischen Geschäftsträger in London die Protestnote der englischen Regierung gegen die fortgesetzte antibritische Propaganda der Sowjetunion überreicht worden. In dieser Note weist die britische Regierung darauf hin, daß die Sowjetregierung in dem am 4. Juni 1923 unterzeichneten Handelsabkommen feierlich zugesagt habe, jede antibritische Propaganda im englischen Reich aufzugeben. Bereits Macdonald habe am 24. Oktober 1924 dem damaligen Sowjetvertreter in London die Nichterhaltung des Abkommens vor Augen führen müssen. Später habe die englische Regierung wiederholt den Sowjetvertreter in London ermahnen müssen, bei seiner Regierung dafür Sorge zu tragen, daß die Sowjetregierung endlich den Inhalt des Handelsabkommens bezüglich der Propaganda achte und auch nicht an den Regeln der diplomatischen Höflichkeit vorbeigehe.

Nach Ansicht der englischen Regierung könne die Sowjetregierung tatsächlich nicht ihr Abkommen wie ihre besonderen Versprechungen halten, solange Mitglieder der Sowjetregierung gleichzeitig im Politbüro saßen, das in Wirklichkeit in der Sowjetunion herrscht und ihre Auslandsvertreter beeinflusst. Die englandfeindliche Haltung hoher russischer Staatsbeamter sei gar nicht in Einklang zu bringen mit den Beteuerungen der Sowjetvertretung in London selbst. Während Krasin noch im letzten Oktober den guten Willen der Sowjetregierung zu freundschaftlichen Beziehungen zu England auf Anweisung seines Außenministers in London zum Ausdruck gebracht habe, habe sich dieser selbst an der antibritischen Sekampagne in Russland beteiligt.

Die Beschuldigungen, die die Sowjetregierung gegen anti-russische Pläne Englands im Baltikum, Polen und Persien erhoben habe, würden jeder tatsächlichen Unterlage entbehren und nur aus der englandfeindlichen Haltung der Moskauer Regierung heraus zu verstehen sein. Die Protestnote erwähnt besonders eine Rede Tschitscherins, die am 6. Dezember letzten Jahres in Berlin gehalten worden ist. Tschitscherin habe in dieser Rede Englands Politik gegenüber Persien in das ungünstigste Licht gestellt. Auf den gleichen Ton sei die Rede des Kriegskommissars Woroschilow gestimmt gewesen, die dieser am 17. September 1926 an die neu ernannten Sowjetoffiziere gerichtet habe. Denselben Geist habe der Prawda-Artikel gezeigt, den der stellvertretende Kriegskommissar Unschlicht am 15. September veröffentlicht habe.

Die englische Protestnote geht dann weiter auf Reden Kamenevs und Karachans ein, die auch nur gezeigt hätten, daß die Sowjetunion in ihrer Außenpolitik nur eine englandfeindliche Tendenz kenne. Sie bemerkt ferner, daß die russische Regierungspresse nach diesen Direktiven der Außenpolitik arbeite. Eine russische Zeitung sei sogar soweit gegangen, Chamberlain in der Pose eines Mannes darzustellen, der die Kommunisten hinhingelassen in Litauen applaudiert.

Die Note schließt damit, daß die englische Regierung von der Sowjetregierung erwarte, daß sie, wenn ihr an der Erhaltung